Informationsstelle Militarisierung e.V.

IMI-Analyse

Nr. 22/2026 - 6.10.2026 - ISSN: 1611-213X



Marinestützpunkt Wilhelmshaven. Foto: Foto: Martina Nolte via Wikipedia

Kriegstüchtige Häfen

Neuer Nordseestützpunkt in Emden – Ausbau von Bremerhaven

von Jürgen Wagner

Im sogenannten Operationsplan Deutschland (OPLAN) wird bereits in Friedenszeiten geplant und eingeübt, wie im Ernstfall schnellstmöglich bis zu 800.000 Soldat*innen mitsamt Gerät an die Grenzen Russlands verfrachtet werden können. Die militärische »Ertüchtigung« der Infrastruktur spielt dabei eine entscheidende Rolle, weshalb dafür inzwischen erhebliche Summen in die Hand genommen werden – und zwar aus dem EU-Haushalt, dem Verteidigungshaushalt und aus dem Infrastruktur-Sondervermögen. Betroffen sind nicht nur das Straßen- und Schienennetz, sondern auch die Häfen. Das lässt sich unter anderem an den Plänen zum Ausbau Bremerhavens ablesen. In Emden soll sogar ein ganz neuer eigener Nordseestützpunkt der Marine entstehen – der zweite neben Wilhelmshaven.

Infrastruktur-Sondervermögen fürs Militär

Auf EU-Ebene wurde für die »Militärische Mobilität« erstmals bereits im aktuellen Haushalt 2021 bis 2027 eine eigene Budgetlinie mit 1,69 Milliarden Euro ausgelobt. Geht es nach der EU-Kommission, soll dieser Betrag im kommenden EU-Haushalt 2028 bis 2034 auf 17 Milliarden Euro in etwa verzehnfacht werden. So ist es in ihrem Vorschlag für den Rahmen-Etat vom 16. Juli 2025 zu lesen.

Hinzu kommen dann noch einzelstaatliche Infrastrukturgelder: Für 2026 sind im deutschen Verteidigungshaushalt in der Titelgruppe 05 (»Ausgaben und Investitionen für verteidigungsrelevante Verkehrsinfrastruktur des Bundes«) 1,83 Milliarden Euro vorgesehen. Dieser Betrag steigt im Entwurf für 2027 sprunghaft an, was daran liegt, dass

erhebliche Mittel aus dem »Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität« (SVIK) in den Verteidigungshaushalt verschoben wurden.

Von Anfang an war klar, dass auch Geld aus dem Infrastruktur-Sondervermögen für die militärische Ertüchtigung abgezweigt werden würde. Schon in der Begründung für den Gesetzesentwurf zu seiner Schaffung durch Grundgesetzänderung war zu lesen: »Die Infrastruktur ist auch im Zusammenhang mit der angestrebten sehr zügigen und umfassenden Ertüchtigung der Verteidigungsfähigkeit ein wesentlicher, quasi komplementärer Faktor. Die tatsächliche Fähigkeit, ein deutlich gesteigertes Verteidigungspotenzial auch zur Wirkung zu bringen, setzt die Verfügbarkeit einer ausgebauten, funktionstüchtigen und modernen Infrastruktur, z. B. im Verkehrsbereich, voraus.«

Lange war allerdings unklar, um welche Summen es sich dabei handeln würde. Nun ändert sich das langsam. Der Haushaltsentwurf 2027 sieht vor, dass rund vier Milliarden Euro aus dem Infrastruktur-Sondervermögen in den Verteidigungsetat umgeleitet werden sollen. Insgesamt sollen 2027 aus dem Infrastruktur-Sondervermögen 23,7 Milliarden Euro für den Bereich Verkehr bereitgestellt werden. Die vier Milliarden für die militärische Infrastruktur machen also 17 Prozent davon aus.

Zusammen mit den bereits »regulär« im Verteidigungshaushalt verankerten Gelder stehen damit 2027 rund sechs Milliarden Euro für die »verteidigungsrelevante Verkehrsinfrastruktur« zur Verfügung.

Geplanter Flottenausbau: Quantität hat Qualität

Schon im 2023 veröffentlichten „Zielbild Marine 2035“ (ZBM2035+) wird betont, die Fähigkeit zu „Abschreckung und Verteidigung“ hänge primär von der „Verfügbarkeit von Kräften und Mitteln in ausreichendem Umfang“ ab, was heiße: „Quantität hat eine eigene Qualität“. Dies alles erfordere ein „umfassendes Fähigkeitsprofil“ und einen Ausbau der Flotte, der im ZBM2035+ dann auch mit konkreten Zahlen unterlegt wird: Als Zielstruktur werden 15 Fregatten, 6 bis 9 Korvetten, 6 bis 9 U-Boote, acht Seefernaufklärer, drei Flottendienstboote, drei Flottentanker und sechs Unterstützungsplattformen anvisiert. Im April 2025 wurde dann mit dem »Kurs Marine 2025« der Aufwuchskurs ebenso wie die meisten Zielgrößen beibehalten (außer bei den U-Booten und neuen Plattformen): »Im Vergleich zum Zielbild 2035+ bestätigt der Kurs 2025 die wesentlichen Plattformzahlen: 15 bis16 Fregatten, sechs bis neun Korvetten, neun bis 12 U-Boote, acht Seefernaufklärer, 48 Marinehubschrauber. Neu hinzu kommen über 40 Mehrzweck-Kampfboote zur Unterstützung der Marineinfanterie sowie über 60 unbemannte See- und Luftsysteme.«

Im Juni 2026 war dann im Fachportal hartpunkt.de sogar von insgesamt 24 Fregatten die Rede. Allerdings wurde die „Herausforderung“ eingeräumt, „dafür das benötigte Personal zu rekrutieren und auszubilden.“ Auch bleibe „abzuwarten, ob sich ein solch ambitioniertes Fregattenprogramm finanziell wirklich umsetzen lässt.“ Und tatsächlich verzögert sich der Flottenausbau schon allein durch die massiven Schwierigkeiten, denen sich das inzwischen versenkte F-126-Fregattenprojekt gegenübersah (siehe IMI-Analyse 2025/31). Auch die Entscheidung über die übernächste Fregattengeneration F-127 verzögert sich: Das Vorhaben ist aufgrund einer Preisspanne von 26 bis 40 Mrd. Euro für acht Schiffe mittlerweile stark in die Kritik geraten - nicht zuletzt auch deshalb, weil ein Großteil der Gelder an den US-Hersteller des Aegis-Gefechtsführungssystems gehen würde.

U-Boot-Jagd im Nordatlantik

Dass aber ein deutlicher Ausbau der Flotte kommen wird, steht außer Frage. Für die Marine hat bei der größten Schiffsklasse, den Fregatten, insbesondere die bislang für unzureichend erachtete Befähigung zur U-Boot-Jagd vor allem im Nordatlantik eine hohe Priorität. In „Y“, dem Magazin der Bundeswehr heißt es etwa: „Doch im Nordatlantik, im riesigen Seegebiet zwischen Nordamerikas Ostküste und Europas Westküste, halten sich regelmäßig russische U-Boote auf. Seit Russlands Vollinvasion in die Ukraine im Februar 2022 und der Bedrohung des NATO-Bündnisgebiets ist die Sicherheit der transatlantischen Nachschubwege wieder hochaktuell – und damit auch die U-Boot-Abwehr.“

Während die Marine an der Ostsee eine Reihe von Standorten unterhält – zB befindet sich das Marinekommando in Rostock, die Korvetten sind in Rostock-Warnemünde und die U-Boote in Eckernförde – verfügt sie bislang nur über einen Nordsee-Stützpunkt, nämlich in Wilhelmshaven (Heppenser Groden). Dort ist die Einsatzflottille 2 mit den größten Schiffen der Flotte stationiert: Fregatten, Einsatzgruppenversorger und Flottentanker. Allein schon, weil der NATO umfassende Befähigungen zur U-Boot-Jagd zugesagt wurden, wird schon länger über den Bau eines zweiten Nordsee-Stützpunktes spekuliert. Bei der nun erfolgten Vorentscheidung für den neuen Stützpunkt, spielten diese Überlegungen tatsächlich die entscheidende Rolle, wie aus der entsprechenden BMVg-Pressemitteilung hervorgeht: „Der Nordatlantik verbindet Europa mit den nordamerikanischen Verbündeten. Freie Seewege, die Überwachung von Schifffahrtsrouten und der Schutz kritischer Unterwasserinfrastruktur sind dort gemeinsame Aufgaben der NATO. […] An der Nordseeküste verfügt die Marine bislang nur in Wilhelmshaven über einen Hafen. […] Das ist besonders für die Landes- und Bündnisverteidigung relevant: Deutschland stellt zum Beispiel die U-Boot-Jagd-Fähigkeiten nicht mehr nur in Nord- und Ostsee, sondern auch im Nordatlantik bereit. Zwei Nordseestützpunkte bieten ‚mehr Sicherheit, mehr Flexibilität, mehr Agilität‘ und würden die operativen Möglichkeiten erhöhen, so Pistorius. ‚Mit Emden können wir unseren wichtigen Stützpunkt in Wilhelmshaven ergänzen und entlasten‘.“

Lange war neben Emden auch Bremerhaven als zweiter Marinestandort in Gespräch – doch auch dort soll man nicht leer ausgehen.

Maritimes Einsatzdrehkreuz Bremerhaven

Bereits vor einiger Zeit wurden 1,35 Milliarden Euro aus dem Verteidigungshaushalt für den Ausbau des Hafens von Bremerhaven bewilligt. Weitere 212 Millionen Euro sollen vom Land Bremen kommen. Die Pläne zum Ausbau des Hafens wurden bei einem Besuch von Verteidigungsminister Boris Pistorius am 29. September 2026 konkretisiert. Mit an Bord waren auch Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) sowie der Vorstandschef der durchführenden BLG Logistics Group, Matthias Magnor. Zusammen unterzeichneten sie eine Absichtserklärung zur Schaffung

eines sogenannten »Deployment Hubs Bremerhaven«, also eines »Einsatzdrehkreuzes«.

Anvisiert würden mehr als 40 Maßnahmen, schreibt der NDR: »Am Hafen in Bremerhaven gehe es um den militärischen Ausbau der Hafeninfrastruktur: Unter anderem sollen eine neue Schwerlastbrücke und mehrere Schwerlastflächen im Hafen, ein Verbindungskanal mit Drehbrücke sowie verschiedene Binnenkajen im Kaiserhafen gebaut und ertüchtigt werden, heißt es. Außerdem sollen Hafenbecken vertieft, Straßen und Bahnverbindungen ausgebaut werden. Auf dem Flughafen Bremen gehe es ebenfalls darum, das Gelände mit dem Geld für Schwerlasten tauglich zu machen, so sei beispielsweise mehr Logistikfläche vorgesehen.«

Zwar jubilierte Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte, bei den Investitionen handele es sich um »die mit Abstand höchste Förderung, die der Bund jemals für ein Projekt im Land Bremen bereitgestellt hat«. Allerdings lässt die gemeinsame Pressemitteilung der an der Absichtserklärung Beteiligten keinerlei Zweifel daran aufkommen, dass die Investitionen unter rein militärischen Gesichtspunkten erfolgen. Mit dem am 29. September unterzeichneten Letter of Intent (LoI) »bekräftigen alle Beteiligten, die erforderlichen Kapazitäten und Fähigkeiten bereitzustellen, um die Forderungen der Nato und die im Operationsplan Deutschland festgelegten Bedarfe zu erfüllen«, heißt es darin. Dabei komme es vor allem darauf an, die vorhandene Infrastruktur sowie »die im funktionalen Zusammenhang stehende Hinterlandanbindung des Hafens für die spezifischen militärischen Bedarfe zu erneuern bzw. auszubauen«.

Noch deutlicher wurde Verteidigungsminister Pistorius beim Termin in Bremen. Es gehe »im Klartext um die Umsetzung des Operationsplans«, sagte er und fügte hinzu: »Zehntausende Soldatinnen und Soldaten brauchen Unterkunft, Verpflegung. Maschinen und Geräte müssen gewartet und entsprechend betrieben werden.« Damit wird sich Bremen wohl in Kürze an ähnlichen Manövern »erfreuen« dürfen wie den Red-Storm-Übungen in Hamburg, bei denen die Anlandung und Weiterleitung zigtausender Soldat*innen nebst Gerät geprobt wurde – einschließlich des Umgangs mit Protesten.

Emden: Rückkehr zu alten Wurzeln

Über den militärischen Ausbau von Bremerhaven und den Betrieb von Wilhelmshaven hinaus wurde. wie bereits gesagt, schon länger über den Bau eines weiteren Nordseehafens spekuliert. Bereits vor der Entscheidung berichtete der NDR, es würden für den neuen Marinehafen 40 Hektar mit Option auf weitere 10 Hektar benötigt. Anvisiert würden Liegeplätze für sieben Fregatten, zehn Minensucher und zehn Schlepper.

Mit Niedersachsens Ministerpräsident Olaf Lies (SPD), dem neuen Marine-Inspekteur Wilhelm Tobias Abry und Emdens Erster Stadtrat Horst Jahnke (SPD) im Schlepptau, verkündete Pistorius dann bei seinem Vor-Ort-Besuch am 5. Oktober 2026, Emden biete „ideale Voraussetzungen.“ Und noch etwas präziser: »Mit Emden können wir unseren wichtigen Stützpunkt in Wilhelmshaven ergänzen und entlasten«, so Pistorius. »Ein weiterer Stützpunkt könnte Kapazitäten schaffen und die Abhängigkeit der Marine von ihrem einzigen Nordseehafen auflösen. Zudem können die zukünftigen Anforderungen an Liegeplätze, Pierlängen und Unterstützungskapazitäten für den Nordseeraum mit Anschluss an den Atlantik vom Stützpunkt in Wilhelmshaven allein nicht gedeckt werden.«

Tatsächlich ist dies alles nicht wirklich komplett neu, schließlich unterhielt die Marine in Emden einen Stützpunkt, es handelt sich also eher um eine Art »Rückkehr zu alten Wurzeln«. Ausgewählt wurde jedenfalls nun das Gelände „Knock/Rysumer Nacken“, das nun weiter Ausgeplant werden soll. Vor allem was die Kosten, aber auch was einer Reihe weiterer Details anbelangt, hält sich das Verteidigungsministerium allerdings in seiner diesbezüglichen Pressemitteilung noch äußerst bedeckt: »Da das Areal an der Emsmündung nicht im Bundeseigentum ist, werden nun die entsprechenden formellen Schritte zum Kauf der Fläche durch die BImA eingeleitet. […] Emden wird wieder mehr Bedeutung für die Marine erhalten. Die konkrete Ausgestaltung mit bis zu 2.000 Dienstposten, der Zeitplan und die Kosten können erst nach den detaillierten Untersuchungen und weiteren Planungen festgelegt werden. Dazu gehören auch die Überlegungen, welche seegehenden Einheiten dort stationiert werden.«

Die militärische Ertüchtigung der Hafenlandschaft ist also in vollem Gange. Wie viel Geld dafür in Emden versenkt werden soll, steht aktuell noch in den Sternen. Die für Bremerhaven geplanten Summen dürften aber noch einmal spielend übertroffen werden.

Lunte gerochen

Generell verbleibt das Militärbudget in Zeiten, in denen die öffentlichen Ausgaben bis auf einen Bereich drastisch zusammengestrichen werden, oft die einzige Möglichkeit, an Gelder zu gelangen – die Häfen machen hier keine Ausnahme. So bezifferte der »Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe« (ZDS) den Finanzbedarf für die militärische Ertüchtigung der Häfen auf zusätzliche drei Milliarden Euro: »Ohne belastbare Häfen keine glaubwürdige Zeitenwende. Wir brauchen jetzt ein starkes Signal der Bundesregierung, dass sie die Häfen als systemrelevante Infrastruktur ernst nimmt – und entsprechend handelt«, forderte ZDS-Hauptgeschäftsführer Florian Keisinger bereits im Sommer 2025.

Nach der Entscheidung für Emden ließ Keisinger unmittelbar darauf die Forderung nach weiteren Marinestützpunkten vom Stapel: »Die Entscheidung für Emden ist ein starkes Signal: Die Zeitenwende erreicht zunehmend auch unsere Hafeninfrastruktur. Wer Deutschland als militärische Drehscheibe Europas stärken will, braucht leistungsfähige, resiliente und entsprechend ausgestattete Seehäfen. […] „Emden und Bremerhaven zeigen, dass die Bundesregierung die gesamtstaatliche Bedeutung unserer Seehäfen zunehmend anerkennt und daraus konkrete Konsequenzen zieht. Das ist ausdrücklich zu begrüßen. Entscheidend ist nun, die militärische Zeitenwende konsequent auf weitere Hafenstandorte an Nord- und Ostsee zu übertragen.«

Informationsstelle Militarisierung e.V.

ANTI MILITARISMUS BLEIBT NOTWENDIG

Wir haben was gegen Aufrüstung & Sozialabbau. Du auch? Tiefgehende Recherchen, knackige FactSheets, Kontexte & Standpunkte - schon immer ohne Paywall und kostenlos zum Download auf imi-online.de und auf Social Media. Findest Du gut? Werde jetzt Mitglied! Antimilitarismus braucht Analysen! IMI braucht Euch!

Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.